



FÜR EINE HANDLUNGSFÄHIGE UND DEMOKRATISCHE WELTGEMEINSCHAFT: WELCHE REFORMEN BRAUCHT DIE UNO?

Eingereicht von: Markus Möller

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir finden, dass die SPD wieder einmal vorangehen und Deutschland zu einem Major Democratizer machen sollte. Im September 2023 soll nach Initiative des UN-Generalsekretärs ein UN-Zukunftsgipfel stattfinden. Wir wollen einen sichtbaren Beitrag zu einer gerechten und demokratischen Welt leisten und setzen uns für eine Stärkung und eine demokratische Reform der Vereinten Nationen mit der internationalen Kampagne „We The Peoples“ für inklusive Global Governance ein. Die Kampagne wurde gemeinsam von CIVICUS, Democracy Without Borders und Democracy International 2021 initiiert und wird von 200 Gruppierungen, Netzwerken und Organisationen aus aller Welt unterstützt.

Wir wollen

1. eine UN-Weltbürgerinitiative,
2. eine UN-Parlamentarierversammlung und
3. ein hochrangiges Büro für die Zivilgesellschaft bei den Vereinten Nationen (UN).

Alle drei Forderungen sollen dazu dienen, Bürgerinnen und Bürger, Abgeordnete sowie zivilgesellschaftliche Gruppen besser zu involvieren. Eine stärkere Bürgernähe verbessert die Legitimation der UN und kann dazu beitragen, weitere Reformen in Gang zu bringen und zu unterstützen.

Wir glauben, dass die SPD hier eine führende Kraft in der weltweiten Bewegung für mehr Demokratie sein kann. Eine Unterstützung der Kampagne für inklusive Global Governance kann für die SPD auch im Sinne ihrer Reputation und Beitrittsentwicklung förderlich sein. Eine solche Botschaft kommt gerade bei den jungen Generationen gut an.

Gerade im Hinblick auf die globalen Entwicklungen wie sie im UN Index der menschlichen Entwicklung (HDI) und im V-Dem Report (Varieties of Democracy, <https://www.v-dem.net/>, 2021) beschrieben werden, gehen Wohlstand und das weltweite Niveau der Demokratie stark zurück.

Dieser eine Vergleich sagt fast alles:

Anteil der Weltbevölkerung, der 2011 in Autokratien lebte -> 49%

Anteil der Weltbevölkerung, der 2021 in Autokratien lebte -> 70%

Wir wollen mit Euch Ideen und Formen für gemeinsame Veranstaltungen und Aktionen besprechen, die Angebote und Lösungen für eine weltweite Offensive zur Förderung, Erhaltung und Stärkung der Demokratie schaffen.



Beispielsweise könnte im Frühjahr 2023 – noch vor dem UN-Zukunftsgipfel – ein ganz starkes Signal mit einem gemeinsamen „We The Peoples“-Kongress zusammen mit der FES, der SPD, Unterstützerorganisationen und Unterstützer*innen gesendet werden.

#WeThePeoples

Das folgende Statement wurde Anfang 2022 offiziell veröffentlicht:

Parlamentarische Erklärung für eine inklusive Global Governance

Wir, die unterzeichnenden Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus aller Welt, begrüßen den Bericht des UN-Generalsekretärs „Unsere gemeinsame Agenda“, der unter anderem die Notwendigkeit einer stärkeren Beteiligung und Einbeziehung der Menschen, der Zivilgesellschaft, Abgeordneter und anderer Interessengruppen in die Arbeit der UN hervorhebt. Wir sind jedoch der Meinung, dass Ad-hoc-Konsultationen und bestehende Mechanismen nicht ausreichen, um dieser Notwendigkeit gerecht zu werden. Darüber hinaus sind wir davon überzeugt, dass es überfällig ist, dass die UNO institutionelle Veränderungen vornimmt, die ihren demokratischen und partizipativen Charakter stärken. Aus diesem Grund unterstützen wir die Erklärung der Zivilgesellschaft für eine inklusive Global Governance und schließen uns der Aufforderung an die Vereinten Nationen und die Regierungen der Mitgliedstaaten an, drei konkrete Vorschläge voranzubringen:

1. den Mechanismus einer Weltbürgerinitiative der Vereinten Nationen, der es den Menschen ermöglicht, Vorschläge zu wichtigen Fragen von globaler Bedeutung zu unterbreiten;
2. eine Parlamentarische Versammlung der Vereinten Nationen, die die Einbeziehung gewählter Abgeordneter vorsieht; und
3. ein hochrangiges Gesandtenbüro der Vereinten Nationen für die Zivilgesellschaft, um eine stärkere Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft zu ermöglichen.

Wir ermutigen die Mitgliedstaaten, eine „Group of Friends for Inclusive Global Governance“ einzurichten, die diese Vorschläge in Zusammenarbeit mit Parlamentarierinnen und Parlamentariern, der Zivilgesellschaft und Fachleuten vorantreibt. Unser Planet und die 7,8 Milliarden Menschen, die auf ihm leben, stehen vor großen Herausforderungen. Wir brauchen dringend weniger Gerede und mehr entschlossenes Handeln. Wir fordern, dass der vom UN-Generalsekretär vorgeschlagene „Zukunftsgipfel“ im Jahr 2023 diese Innovationen im Bereich der globalen Governance in die Tat umsetzt, damit die Menschheit eine bessere Chance hat, die Herausforderungen des kommenden Jahrhunderts zu meistern. Wir fordern einen inklusiven und transparenten Multi-Stakeholder-Prozess zur Vorbereitung des Gipfels, in dem diese und andere relevante Vorschläge erörtert werden.

Als Abgeordnete/r unterzeichne das Statement bitte online auf dieser Seite:

www.wethepeoples.org/mpstatement/

Solidarische Grüße Jo Leinen und Markus Möller